

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Regierungsfähigkeit der Staatsregierung bei der Lösung der drängendsten Probleme in Sachsen**

Der Landtag möge beschließen:

Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen wird aufgefordert,

vor dem Hintergrund seiner Ankündigung vom 18. Oktober 2017, im Dezember dieses Jahres vom Amt des Ministerpräsidenten zurückzutreten, und in Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Aufgabe und Verantwortung gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit eine Regierungserklärung zur gegenwärtigen und künftigen Regierungsfähigkeit der Staatsregierung bei der schnellstmöglichen Lösung der anstehenden und drängendsten Probleme insbesondere in den Schwerpunktbereichen:

- Sicherstellung der Lehrer*innen-/Unterrichtsversorgung an allen sächsischen Schulen,
- Gewährleistung der Erfüllung der Daseinsvorsorgeaufgaben in den ländlichen Räumen, einschließlich eines Öffentlichen Nahverkehrs mit einheitlichem Tarifsystem sowie des bezahlbaren und barrierefreien Wohnens in allen Orten,
- Absicherung der landesweiten gesundheitlichen und (fach)ärztlichen Versorgung,
- flächendeckende digitale Versorgung mit mindestens 50 Mbit/s-Datenautobahnen
- Umgang mit den komplexen Folgen und Wirkungen des demografischen Wandels in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- uneingeschränkte Gewährleistung der rechtsstaatlichen Funktionen und Aufgaben der sächsischen Polizei, Justiz und Strafvollzug durch eine dazu erforderliche, deutlich verbesserte Personal-, Sach- und Finanzausstattung,
- Entwicklung und Ausbau einer starken Demokratie statt eines starken Staates,
- Ergreifen wirksamer Maßnahmen gegen das Erstarken der extremen Rechten,
- Überwindung der nach wie vor bestehenden Benachteiligungen des Ostens und der ostdeutschen Bevölkerung

abzugeben und dabei das von der Staatsregierung verfolgte Konzept sowie die dazu erforderlichen und bis zum Ende der 6. Wahlperiode zu verwirklichenden Maßnahmen zur Bewältigung dieser vielfältigen sächsischen Problemlagen detailliert darzulegen.

Dresden, den 3. November 2017

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Der Ausgang der Bundestagswahlen in Sachsen hat neben dem klar erkennbaren Rechtsruck vor allem eines deutlich gemacht: Die Unzufriedenheit vieler Menschen damit, dass sich die von ihnen durch selbst gemachte, eigene Erfahrung erlebte Realität in Sachsen immer weiter von der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik entfernt. Dass die Politik darauf reagieren, konkrete Antworten finden und die dazu erforderlichen Fakten schaffen muss, steht daher außer Frage.

Angesichts dieser komplexen Herausforderungen muss die Fraktion DIE LINKE jedoch feststellen, dass der Ministerpräsident Tillich, sich mit dem am 18. Oktober 2017 für den Dezember 2017 angekündigten Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten nicht nur darin treu geblieben ist, schwierigen Problemen einfach aus dem Weg zu gehen, sondern sich zudem der ihm obliegenden und von ihm übernommenen politischen Verantwortung zur Lösung der anstehenden Probleme zu entziehen versucht.

Aus diesem Grund steht der Landtag gegenüber den Menschen in Sachsen in der Pflicht, den Ministerpräsidenten zur Abgabe einer öffentliche Erklärung zur gegenwärtigen und künftigen Regierungsfähigkeit der Sächsischen Staatsregierung bei der Bewältigung der bestehenden Problemlagen in den verschiedenen staatlichen, kommunalen und auch gesellschaftlichen Bereichen aufzufordern und sich nicht länger auf die – bislang vom Ministerpräsidenten in seinem Statement vom 18. Oktober 2017 aufgeführten – anstehenden Entscheidungen des Dezember-Landesparteitages der CDU-Sachsen und dessen Nachfolgerwünsche verweisen zu lassen.